



Zehn Kernforderungen des VCD zu den Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD

Der VCD fordert von der GroKo: Verkehrswende jetzt!

Die Verkehrswende ist unverzichtbare Voraussetzung:

...für das Erreichen der internationalen Klimaschutzziele.

Der Verkehr ist der einzige Sektor, der bislang nichts zum Klimaschutz beigetragen hat. Im Gegenteil ist der Treibhausgasausstoß aus dem Verkehr seit 1990 sogar angestiegen. In den Sondierungsgesprächen bekannten sich CDU, CSU und SPD zu den Klimazielen für die Jahre 2020, 2030 und 2050. Für den Verkehr heißt das konkret, dass in den nächsten zwölf Jahren der CO₂-Ausstoß um mindestens 40 Prozent verringert werden muss. Bis zum Jahr 2050 muss der Verkehr nahezu vollständig kohlenstofffrei sein. Um diese Ziele zu erreichen, muss die GroKo schnell wirkende Maßnahmen für die Verkehrswende beschließen.

...für die Verbesserung der Lebensqualität aller Menschen.

Wir brauchen die lebenswerte Stadt – jetzt! Der dichte Autoverkehr in unseren Städten und die damit einhergehende Luftbelastung sowie der Lärm belasten die Gesundheit und die Lebensqualität zigtausender Menschen. Um dies zu verändern, müssen bereits am Wohnort, wo die täglichen Wege beginnen und enden, Fahrräder, Busse, Bahnen und Carsharing einfach erreichbar und nutzbar und das Zufußgehen möglich sein. Wohngebiete und Ortszentren müssen von Abgasen, Lärm und vom privaten Autoverkehr entlastet werden. Die Menschen sollen gesund, sicher und möglichst umweltschonend von A nach B kommen.

GroKo nur mit Verkehrswende. Lücken des Sondierungsbeschlusses schließen.

Die SPD-Delegierten haben am 21. Januar mit einer knappen Mehrheit von 56,4 Prozent der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zugestimmt. »Nichts ist festgeschrieben«, das war der Tenor des Parteitages. „Es wird verhandelt, bis es quietscht“, sagte SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles. Der VCD erwartet, dass CDU, CSU und SPD die vielen Lücken zum Themenfeld Verkehr und Umwelt im Sondierungspapier schließen – nur dann können die Ziele für den Klimaschutz und für saubere Luft in den Städten erreicht werden. Nur dann macht

eine Große Koalition Sinn. Ein Weiterwurschteln wie in der letzten Legislaturperiode darf es nicht geben.

Die Festlegung der GroKo, Fahrverbote für Diesel-Pkw zu vermeiden, ist leichtfertig. Denn im Februar entscheidet nicht die Politik, sondern das Bundesverwaltungsgericht über Fahrverbote. Im Sondierungspapier fehlt die Ankündigung, dass Dieselfahrzeuge auf Kosten der Hersteller mit Hardware nachgerüstet werden müssen. Die GroKo-Parteien scheuen den Konflikt mit der Autoindustrie und erhöhen so den Druck auf die Justiz und Kommunen, Fahrverbote anzuordnen. Wenn die GroKo auf die Einführung der Blauen Plakette verzichtet, dann führt das dazu, dass unterschiedslos für alle Diesel-Fahrzeuge Fahrverbote in zu hoch belasteten Gebieten gelten.

Die beabsichtigte Erhöhung der Mittel für das Gemeindefinanzierungsgesetz und die Förderung der Elektromobilität sind zu begrüßen. Der angekündigte Investitionshochlauf auf Rekordniveau muss inhaltlich gefüllt werden. Für die Verkehrswende braucht es die klare Entscheidung und Priorisierung für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, des Fahrrad- und des Fußverkehrs. Das Sondierungspapier setzt auf ein Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz. Dabei haben wir angesichts sinkender Bevölkerungszahlen längst genug Straßen. Jetzt ist es an der Zeit, endlich mehr in den Erhalt der Infrastruktur zu investieren. Statt weiter auf den ausbauorientierten Bundesverkehrswegeplan zu setzen, sind Weichen für einen ökologisch und sozial ausgerichteten Bundesmobilitätsplan zu stellen.

Deutschland braucht mutige Entscheidungen und – wie alle anderen Staaten in der EU – ein Tempolimit auf Autobahnen, auch wenn dies bisher für CDU, CSU ein rotes Tuch war. Ein Tempolimit von 120 km/h rettet Menschenleben und mindert den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ um ca. drei Millionen Tonnen pro Jahr. Keine andere Maßnahme im Verkehr ist so schnell wirksam, schafft so viel CO₂-Reduktion und kostet zudem nichts. Angesichts des blamablen Anstiegs des CO₂-Ausstoßes im Verkehrsbereich ist es für ein Tempolimit nun allerhöchste Zeit.

Zehn Kernforderungen des VCD zu den Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD

1) Die Gesundheit der Menschen gehört in den Mittelpunkt: Die Einhaltung der Schadstoffgrenzwerte verlangt, dass diese auch kontrolliert und durchgesetzt werden. Die Städte brauchen Instrumente für die Verbesserung der Luftqualität – dazu gehören die Blaue Plakette sowie Hardware-Nachrüstungen für Diesel auf Kosten der Autohersteller. Das Dieselprivileg muss abgeschafft und der Abgasskandal rückhaltlos aufgeklärt werden, Betrügereien sind zu bestrafen. Alle Menschen haben ein **Recht auf saubere Luft**, Autokäufer auf ehrliche Verbrauchs- und Emissionsangaben.

2) Der Verkehr muss zum Klimaschutz beitragen: Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die von der EU vorgeschlagenen viel zu schwachen CO₂-Grenzwerte für Pkw (und leichte Nutzfahrzeuge) für die Jahre 2025 und 2030 deutlich nachgebessert und für Lkw eingeführt werden. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, dass ab ca. 2030 nur noch Pkw mit emissionsfreien Antrieben (Elektroautos) neu zugelassen werden. Es braucht eine Reform der Steuern und Abgaben im Verkehr, die sich künftig am CO₂-Ausstoß bemessen sollen. **Das Gelingen der Energiewende ist unabdingbare Voraussetzung für einen CO₂-neutralen Straßenverkehr.**

3) Unsere Umwelt braucht eine Entlastung vom Luftverkehr – weniger Lärm und CO₂: Die neue Bundesregierung muss national wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz beim Luftverkehr ergreifen, dazu gehört insbesondere der Abbau der Steuerprivilegien. Die kürzlich international beschlossenen Maßnahmen sind unzureichend. Solange die Kerosinbesteuerung welt- und europaweit nicht durchsetzbar ist, muss die Luftverkehrsteuer weiterentwickelt werden. Subventionen für Regionalflughäfen gehören zurückgefahren, Kurzstreckenflüge auf die Schiene verlagert.

4) Deutschland braucht einen verlässlichen Bahnverkehr: sicher, pünktlich und komfortabel. Dafür fordern wir den Deutschland-Takt, einen eingängigen Fahrplan, der gute Reise- und Umsteigemöglichkeiten bis hin zum Bus garantiert. Züge fahren jede Stunde immer zur selben Minute, abgestimmt

mit allen Anschlüssen. Um Verspätungen zu vermeiden, sind Engpässe im Schienennetz zu beseitigen. Dafür sind höhere Investitionen zwingend erforderlich. Der Öffentliche Verkehr wird ein echtes System.

5) Güter auf die Schiene – Schienenmaut halbieren: Der Güterverkehr mit Lkw belastet die Umwelt und verursacht zahlreiche Unfälle. Während die Lkw-Maut sinkt, wird der Schienenverkehr von rasant steigenden Preisen für die Trassennutzung erstickt. Die Politik muss ein Signal setzen, die Lkw-Maut auf alle Straßen ausdehnen und für die Halbierung der Schienenmaut sorgen. Damit soll das Verkehrsangebot für die Bürgerinnen und Bürger weiter ausgebaut werden, da mehr Mittel für zusätzliche Zugfahrten zur Verfügung stehen. Die Güterbahnen steigern so ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Lkw.

6) Bundesweite Mindeststandards für den Öffentlichen Verkehr: Das Grundgesetz definiert den öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen als Daseinsvorsorge. Dafür müssen sie oft genug fahren und bezahlbar sein. Im Alltag hingegen erfahren die Menschen enorme Ungleichheiten, je nach dem in welcher Region sie leben. Der VCD fordert, dass der Bund nach Schweizer Vorbild festlegt, ab welcher Einwohnerzahl eine Ortschaft mit einer Mindestanzahl an täglichen Fahrten oder in einem Stundentakt erschlossen wird.

7) Der Fahrradverkehr benötigt mehr Bundesmittel: mit dem Ziel Verbesserungen in der Infrastruktur zu erreichen und den Anteil des Radverkehrs am Modal Split deutlich zu erhöhen. Der Bund muss stärker in den Ausbau von Radschnellwegen investieren. Der Nationale Radverkehrsplan (NRVP) gehört umgesetzt. Der VCD setzt sich für eine Kaufprämie für E-Lastenräder ein, um Verlagerungspotenziale im wachsenden städtischen Güterverkehr zu nutzen.

8) Für eine sichere Mobilität – das Straßenverkehrsrecht reformieren: Die StVO muss kindgerecht werden und sich den Herausforderungen des demografischen Wandels stellen. Die **Vision Zero** – Null Verkehrstote – soll gesetzlich verankert werden. Alle

Vorhaben gilt es davon abzuleiten. **Tempo 30** als Basisgeschwindigkeit innerorts und ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen sind hier geeignete Maßnahmen. Bußgelder für verkehrsgefährdendes Verhalten und Parkgebühren müssen angepasst werden, um einen Anreiz für Verhaltensänderungen zu setzen.

9) Die Förderung einer nachhaltigen Mobilitätsbildung ist grundlegend: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene brauchen die Möglichkeit, sich mit dem Thema »Mobilität« vom Kindergarten bis hin zur Berufs-, Hochschul- und Fahrausbildung wiederholt auseinanderzusetzen. Leuchtturmprojekte zur nachhaltigen Mobilitätsbildung müssen z.B. im Rahmen des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung, für dessen Umsetzung die Bundesregierung zuständig ist, verbreitet werden.

10) Mobilität für alle: Die Bundesregierung muss den Rechtsrahmen für eine gleichberechtigte Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger schaffen. Wir brauchen eine konsequente ökologische Finanzreform, die auch die Einflüsse des Verkehrs auf Gesundheit und die Umwelt besteuert und Einnahmen für die Verkehrsmittel des Umweltverbundes erschließt. So bekommt die Verkehrswende Fahrt.

VCD Verkehrsclub Deutschland e.V. • Wallstraße 58
10179 Berlin • mail@vcd.org • www.vcd.org

Bei Rückfragen:

VCD-Bundesgeschäftsstelle

Gerd Lottsiepen • Fon 030/280351-11
gerd.lottsiepen@vcd.org

Michael Müller-Görnert • Fon 030/280351-19
michael.mueller-goernert@vcd.org

Philipp Kosok • Fon 030/28 03 51-36
philipp.kosok@vcd.org

Illustration Titel: hallo-heide.de & Lucie Galand

© VCD e.V. 01/2018